

LIGA

DER SPITZENVERBÄNDE DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN BERLIN



Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.
Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.
Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Berlin e.V. (LIGA-Federführung)
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Berlin e.V.
Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.
Jüdische Gemeinde zu Berlin KdöR

Juni 2022

Stärkung der Berliner Willkommenskultur für alle!

In Gesellschaft und Politik erleben wir seit Monaten eine große Hilfsbereitschaft und Solidarisierung mit geflüchteten Menschen aus der Ukraine.

Es ist sehr zu begrüßen, dass der politische Wille vorhanden ist, eine schnelle Integration der Menschen aus der Ukraine durch Zugang zum Spracherwerb, zu den Regeldiensten, zu Wohnen und zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Mit guten Beispielen und unbürokratischen, digitalen Lösungen, wie z.B. die Onlinebescheinigung des Landsamtes für Einwanderung, die zu Beginn des Krieges in der Ukraine schnell in Berlin eingeführt wurde und die leider durch die neue Bundesgesetzgebung keinen Bestand hat, sollte Berlin vorangehen, und bundesweit Vorreiterin für eine moderne Einwanderungsgesellschaft sein. Vereinfachte Verfahren und Kriterien zur Beantragung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis, die es Geflüchteten aus der Ukraine mit einer dauerhaften Wohnmöglichkeit bei Verwandten ermöglicht sich in Berlin eine langfristige Perspektive aufzubauen, begrüßen wir sehr.

Diese positive Herangehensweise zum Ankommen und Bleiben unterstützen wir ausdrücklich, denn sie beinhaltet einen Paradigmenwechsel. Wir erwarten, dass diese Maßstäbe insbesondere hinsichtlich der Partizipation von Anfang an, für alle Menschen mit Migrationsgeschichte gelten werden!

Die aktuellen rechtlichen Regelungen dürfen nicht nur auf eine exklusive Gruppe Schutzsuchender angewandt werden, sondern müssen ein wesentlicher Bestandteil des gesamtstädtischen Zieles in Berlin sein, eine Willkommenskultur für alle Menschen zu schaffen.

Berlin muss sich für bessere Aufnahmebedingungen und Partizipationsmöglichkeiten für alle nach Berlin kommenden Menschen – unabhängig vom Herkunftsland und Aufenthaltsstatus - einsetzen.

Unsere Empfehlungen:

Einfacher Zugang zu Sprachkursen

Beim Zugang zu Integrationsmaßnahmen von Anfang an müssen neben geflüchteten Menschen auch alle anderen Neuzugewanderte berücksichtigt werden. So sollten u.a. auch

LIGA

DER SPITZENVERBÄNDE DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN BERLIN

EU Bürger*innen gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Sprachkursen haben und somit einen gesetzlichen Anspruch auf die Teilnahme an einem Integrationskurs.

Einfacher Zugang für alle zu den Regeldiensten der Berliner Verwaltung, u.a. Bezirksämter, Job Center, Sozialämter

Der Zugang hängt maßgeblich von einer personellen Stärkung und einer Qualifizierung der Mitarbeiter*innen der Regeldienste ab. Berlin muss sicherstellen, dass für die Anliegen von Migrant*innen adäquate Angebote vorgehalten werden und die verantwortlichen Behörden weiterhin arbeitsfähig sind.

Die positive Weiterentwicklung von Angeboten für ukrainische Geflüchtete, wie beispielsweise die mehrsprachigen Informationen auf der Website der Senatskanzlei und der Jobcenter, sollte flächendeckend Anwendung finden. Außerdem müssen diese leicht zugänglich sein, um Chancengleichheit zu ermöglichen.

Vereinfachter Zugang zum Arbeitsmarkt

Berlin muss weitere vereinfachte Verfahren für die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen für alle Zielgruppen anstreben, um eine schnelle und unkomplizierte Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Für ein beschleunigtes Verfahren werden Personalaufstockungen in den zuständigen Verwaltungen sowie eine Verschlinkung einzureichender Unterlagen erforderlich sein. Berlin sollte sich auf Bundesebene für eine bundesweite einheitliche Regelung einsetzen, die auf eine erneute Antragsstellung bei einem Wohnortwechsel in ein anderes Bundesland verzichtet.

Hierbei gilt es besonders darauf zu achten, die in Berlin dringend benötigten Fachkräfte nicht in prekäre Arbeitsverhältnisse zu drängen. Für fehlende Teilqualifizierungen müssen schnell und unbürokratisch Nachschulungsangebote aufgebaut werden, um die volle Anerkennung der Berufsabschlüsse nachholen zu können.

Berlin muss dafür Sorge tragen allen Gruppen, insbesondere Frauen, die aktuell oft allein für die Versorgung ihrer Kinder verantwortlich sind, volle Teilhabe auf dem 1. Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Hierfür empfiehlt der LIGA Fachausschuss Migration erforderliche Sprach- und Arbeitsmarktprogramme sowie Bildungsangebote auf die Zielgruppe alleinstehende Frauen mit Kindern auszurichten und auszubauen. Dazu zählen insbesondere auch eine verlässliche und durchgehende Kinderbetreuung.

Die Angebote für den Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt müssen allen Menschen mit Migrationsgeschichte offenstehen. Da auch EU-Bürger*innen als Fachkräfte am Arbeitsmarkt benötigt werden, müssen sie in der Integrationspolitik des Landes Berlin eine ausreichende Rolle spielen. Zusätzlich zu den oben genannten Qualifizierungsmaßnahmen sollte auch eine Vereinfachung und Vergünstigung der Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Qualifikationen berücksichtigt werden.

Unterbringung und Zugang zu Wohnen

Die Unterbringung geflüchteter Menschen soll in den Bezirken und dezentral in Wohnungen

LIGA

DER SPITZENVERBÄNDE DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN BERLIN

gewährleistet werden. Die Aufenthaltszeit in Gemeinschaftsunterkünften soll im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme auf das notwendige Minimum reduziert werden. Dabei braucht es konkrete Vorgehensweisen in den Bezirken, eine Stärkung der bezirklichen sozialen Wohnhilfe und eine enge Zusammenarbeit mit den Beratungsstrukturen vor Ort. Gesamtstädtisch betrachtet benötigt es an erster Stelle günstigen Wohnraum und Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete, um aufenthaltsrechtliche und finanzielle Hürden zu überwinden und eine Anmietung von eigenem Wohnraum zu ermöglichen.

Auskömmliche und langfristige Finanzierung der Beratungsstrukturen sicherstellen

Grundsätzlich ist eine langfristige Stärkung und auskömmliche Finanzierung bestehender Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen mit Migrationsgeschichte wichtig, da diese bereits jetzt sehr stark ausgelastet sind. Durch die aktuelle Situation hat sich die Nachfrage nochmal massiv verstärkt.

Um den Beratungsbedarf abzudecken, müssen bundes- und landesgeförderte Beratungsstrukturen gestärkt werden.

Das Land Berlin sollte sich dringend auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die zusätzlichen Mittel für die Bundesprogramme Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) und der Jugendmigrationsdienste (JMD) langfristig über das Jahr 2022 hinaus zur Verfügung stehen.

Ein besonderes Augenmerk sollte hier den Jugendmigrationsdiensten zukommen, die schon seit Jahren stark ausgelastet sind. Gerade der hohe Anteil von Kindern und Jugendlichen unter den Geflüchteten aus der Ukraine macht aus Sicht des LIGA Fachausschusses Migration eine langfristige Aufstockung unabdingbar.

Eine flächendeckende Ausweitung des landesgeförderten Migrationssozialdienstes (MSD) auf mindestens zwei Vollzeitstellen pro Bezirk sieht die LIGA als dringend notwendig an. Den entsprechenden Bedarf hat der LIGA Fachausschuss Migration schon wiederholt vor dem neuen Zuzug von Geflüchteten aus der Ukraine als Nachfolgeangebot der bundesgeförderten Beratungsprogramme angemeldet. Entsprechende finanzielle Mittel müssen in der Haushaltsplanung sichergestellt werden.

Der sofortige Ausbau der bestehenden Programme wie bezirkliche Integrationsfonds und das Integrationslots*innenprogramm ist aus unserer Sicht auch über 2022 hinausgehend geboten. Nur so können insbesondere Menschen, die in den Gemeinschaftsunterkünften in den Bezirken wohnen niedrigschwellig erreicht werden.

Ein kurzfristiger Ausbau der Sprachmittlung als flankierende Unterstützung der Beratungsstrukturen stellt ebenfalls eine sinnvolle und kurzfristige Entlastungsmaßnahme dar. Es können zusätzliche Kräfte für Dolmetscherdienste eingestellt werden, um bei behördlichen Fragen oder in den Beratungsangeboten zu zahlreichen Themen (wie bspw. Schwangerschaftskonfliktberatung, Familienberatung) Beratung zu unterstützen. Sofern dies aufgrund eines Mangels an sprachmittelnden Fachkräften nicht möglich ist, ist der Einsatz von Videodolmetschprogrammen dringend angeraten und eine entsprechende Finanzierung muss sichergestellt werden.

LIGA

DER SPITZENVERBÄNDE DER FREIEN WOHLFAHRTSPFLEGE IN BERLIN

Für Berlin als moderne und vielfältige Einwanderungsmetropole muss es das Ziel und der Auftrag sein, Geflüchtete gut und nachhaltig zu versorgen und Integrationsangebote vom ersten Tag an anzubieten.

Für einen gelingenden Paradigmenwechsel bedarf es neben dem politischen Willen auch einer engen Abstimmung und Zusammenarbeit aller Akteure, Angebote und Dienste. Die LIGA wird mit ihrer fachlichen Expertise und mit ihren vielfältigen wohlfahrtsverbandlichen Angeboten und Strukturen auch weiterhin einen wichtigen Beitrag hierzu leisten

Für den LIGA Fachausschuss Migration (siehe ebenso beigefügte Übersicht der Mitglieder des Fachausschusses).

Dirk-Arp-Stapelfeldt

Vorsitzender

Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

Telefon: +49 30 / 25 389 – 269

Mobil: +49 151 / 17 63 79 69

E-Mail: Dirk.Arp-Stapelfeldt@awoberlin.de

Anlage:

- Mitglieder LIGA Fachausschuss Migration